

## 6. IN HESSEN ZU HAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.

oder die Möglichkeit der privaten Überwachung durch Handy-Ortung zeigen. Bei der Ausgestaltung von IT-Verfahren des Staates sind **Datensparsamkeit** und „privacy by design“ immer wichtigere Gestaltungsmomente. Der Staat muss jederzeit in der Lage sein, auch tatsächlich die Sicherheit der von ihm erhobenen und verarbeiteten Bürgerdaten gewährleisten und eine zweckwidrige Verwendung ausschließen zu können. Deshalb ist jegliche Nutzung von Cloud-Computing kritisch zu prüfen. Aber auch Bürgerinnen und Bürger müssen mit ihren Daten sensibler umgehen. Deshalb muss die **Kompetenz vermittelt** werden, bei der Nutzung der modernen Techniken und sozialen Medien die eigenen Interessen und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verantwortungsbewusst wahrzunehmen sowie die Rechte anderer zu achten.

**Wir wollen die Rechte der Bürgerinnen und Bürger vor zu vielen Eingriffen schützen.** Das gilt gegenüber der Wirtschaft im Verbraucherschutz und vor allem gegenüber den Betreibern Sozialer Netzwerke. Aber auch vor zu vielen Eingriffen durch den Staat muss der Bürger geschützt werden. Dies gilt im polizeirechtlichen Bereich ebenso wie in allen anderen Bereichen staatlichen Handelns. Übersteigerte Sicher-

heitsbedenken dürfen nicht dazu führen, dass individuelle Rechte der Bürgerinnen und Bürger immer mehr eingeschränkt werden. Vorhandene Eingriffsrechte gehören deshalb auf den Prüfstand: Wir werden das hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anpassen und praktikabel gestalten. DNA-Tests für unter Vierzehnjährige sind unverhältnismäßig und werden ebenso wieder abgeschafft wie die automatische Kennzeichenerfassung.

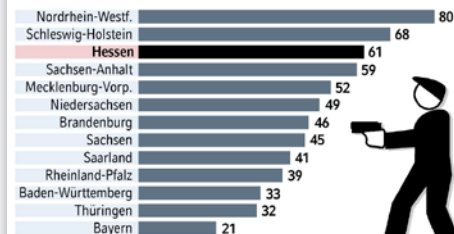
### POLIZEIARBEIT VOR ORT SICHERSTELLEN

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist verfassungsrechtlicher Anspruch der Bürgerinnen und Bürger. Die hessische Polizei ist ein wesentlicher Garant für die innere Sicherheit und steht wie kaum ein anderer Bereich im öffentlichen Fokus. Mit der Reduzierung der Einstellungszahlen von 550 auf rund 400 Polizeianwärterinnen und -anwärter hat die schwarz-gelbe Landesregierung den Stellenabbau bei der hessischen Polizei abermals forciert. In der Folge werden sich die Personalvakancen bei den Vollzugs-, Fach- und Verwaltungsbeamten sowie im Tarifbereich der Polizei dramatisch erhöhen. Eine deutliche Aufgabenvermehrung durch personalintensive Einsatzmaßnahmen und neue

## INFOGRAFIK

### Zu wenig Prävention in Hessen

Raubdelikte 2011 Fälle je 100000 Einwohner (ohne Stadtstaaten)



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundes 2011

kriminalpolizeiliche Herausforderungen (Internetkriminalität, Staatsschutz, Gewaltphänomene etc.) wird die Situation zudem zusätzlich verschärfen.

Als SPD halten wir es daher für unerlässlich, bei einer linearen und kontinuierlich hohen Ausbildungsrate mit **mindestens 550 Neueinstellungen jährlich** zu bleiben.

Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang **Einstellung von Polizeibediensteten mit Migrationshintergrund** zu, da durch deren Kultur- und Sprachkompetenz die

## 6. IN HESSEN ZU HAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.

Akzeptanz staatlichen Handelns erhöht werden kann und schwierige Situationen leichter entschärft werden können.

**Durch eine neue Führungs- und Organisationskultur soll den Beschäftigten der Polizei wieder zudem eine Perspektive für Leistung gesichert werden.** Als wesentliche Säule des staatlichen Gewaltmonopols bedarf die Polizei eines kooperativen Führungssystems, bei dem Glaubwürdigkeit, Transparenz, Ehrlichkeit, Vertrauen, Fairness, Akzeptanz und Toleranz elementare Grundlagen bilden. Unter der Verantwortung der Landesregierung sind im Bereich der hessischen Polizei in den letzten Jahren Führungsstrukturen eingeführt worden, die im Gegensatz zu diesen Grundsätzen einer **modernen Personalführung** stehen. Demgegenüber steht die SPD für eine selbstbewusste und demokratische verfasste Polizei, mit Verantwortungsbewusstsein, sozial kompetenten und auf einem festen ethischen Fundament stehenden Führungskräften. Aus diesem Grund hat sich die SPD auch für die Einführung eines beziehungsweise einer **unabhängigen**, dem Parlament verpflichteten **Landespolizeibeauftragten** eingesetzt und wird dieses Modell auch in der kommenden Legislaturperiode wieder aufgreifen. Auch werden wir uns für eine Förderung von Frauen für Führungspositionen einsetzen.

Wir wollen **gesicherte Polizeiarbeit vor Ort und Erhalt der Polizeipräsenz in der Fläche.** Wann immer die Bürgerinnen und Bürger die Polizei brauchen, muss sie für sie zügig erreichbar sein. Als Ansprechpartner vor Ort müssen gut und qualifiziert ausgebildete Polizeibeamtinnen und -beamten Präsenz zeigen. Dieser Verantwortung darf sich das Land weder im ländlichen Raum noch in den Ballungsgebieten unseres Landes entziehen.

Wir wollen **keine Verlagerung von Sicherheitsaufgaben an private Anbieter und sind für die Beendigung des Freiwilligen Polizeidienstes.** Die Menschen haben einen Anspruch auf qualifizierte Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Dies kann nur durch Aufrechterhaltung des staatlichen Gewaltmonopols und von ausreichend und gut ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten gewährleistet werden. Die polizeiliche Praxis macht immer wieder deutlich, dass bei fast allen polizeilichen Situationen nicht nur rechtliche Überlegungen, sondern im besonderen Maße auch **kompetente „Konfliktmanagerinnen und -manager“** gefragt sind, um handlungssicher und situationsangemessen einzuschreiten. Diesem Anforderungsprofil kann ein Freiwilliger Polizeidienst nicht genügen. Zudem ist dem zunehmenden Einsatz privater Sicherheitsdienste besondere Aufmerksamkeit

zu widmen. Dabei bedarf es insbesondere gesetzlicher Regelungen über die Zulassung privater Sicherheitsdienste sowie hinsichtlich der Aus- und Fortbildung sowie der Prüfung von Beschäftigten solcher Unternehmen.

Wir wollen der **Gewalt gegen Polizei, Hilfsorganisationen und im Bereich ÖPNV wirksam entgegenzutreten.** In den letzten Jahren sehen sich die Beschäftigten von Polizei, Feuerwehr, ÖPNV und Hilfskräften zunehmend gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt. Deshalb begrüßt die SPD die Gesetzesänderung in Berlin, die die Strafen für Straftaten gegen staatliche Stellen und Hilfsdienste verschärft. Gesellschaftlich gilt es, den Übergriffen entschieden entgegenzutreten.

### DER BEDEUTUNG VON JUSTIZ UND VOLLZUG GERECHT WERDEN

Die SPD setzt sich für eine moderne und gut ausgestattete Justiz ein. Als dritter Gewalt kommt der Justiz und ihren Bediensteten und Angehörigen eine besondere Bedeutung zu, der **strukturell und personell** Rechnung getragen werden muss. Nur so ist die Justiz in der Lage, Rechtsstaatlichkeit, Rechtsfrieden und soziale Gerechtigkeit zu sichern. Auch hier werden wir uns für eine Förderung von Frauen für Führungspositionen einsetzen.

Die hessische Sozialdemokratie steht für eine

## 6. IN HESSEN ZU HAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.

**bürgernahe Justiz.** In den letzten Jahren hat die Hessische Landesregierung zahlreiche Gerichte geschlossen und die Justiz damit massiv aus der Fläche abgezogen. Das war ein Fehler. Auch wenn eine SPD-geführte Landesregierung geschlossene Gerichtsstandorte nicht wieder eröffnen können wird, werden wir dafür Sorge tragen, dass Gerichte auch in der Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger erreichbar sind und die Justiz in der Fläche präsent bleibt.

Wir stehen für den freien Zugang zum Recht. Den Rechtsuchenden darf es weder durch technische Hürden noch aus wirtschaftlichen Gründen erschwert oder unmöglich gemacht werden, ihre Rechte geltend zu machen. Daran müssen sich Änderungen der **Prozesskostenhilfe** oder der Beratungshilfe ebenso orientieren wie technische Weiterentwicklungen im Rechtsverkehr.

Die Justiz kann die an sie gestellten Anforderungen aber auch nur dann erfüllen, wenn die verfassungsrechtlich geschützte **Unabhängigkeit** gewahrt und fortentwickelt wird. Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb Möglichkeiten der **Stärkung der Unabhängigkeit** und Modelle einer **selbstverwalteten Justiz** prüfen. Dies gilt nicht nur für Personalentscheidungen und Budgetfragen, sondern auch für Abläufe im **Richterwahlausschuss**.

Justizpolitik ist aber auch Strukturpolitik und eine moderne und qualitativ hochwertige Justizstruktur ist heute ein wesentlicher Faktor für den Wirtschaftsstandort Hessen. Hessen kommt in der Bundesrepublik insbesondere als internationaler Finanzplatz Rhein-Main, aber auch in anderen Wirtschaftsfeldern, eine herausgehobene Bedeutung zu, der auch durch die **Bereitstellung und Entwicklung geeigneter Mechanismen und Systeme zur effektiven Streitbeilegung** Rechnung getragen werden muss. Schon jetzt verfügt der Wirtschaftsstandort Hessen in den unterschiedlichsten Rechtsgebieten über ein herausgehobenes Know-how und viel Erfahrung. Dies gilt es weiter auszubauen, indem der **Rechtsstandort Rhein-Main** gemeinsam mit den zu beteiligenden Institutionen und Verbänden national und international sichtbarer und präsenter gemacht wird.

**Die Strafverfolgungsbehörden** sind Teil der **unabhängigen Justiz**. Dieser Funktion gilt es auch strukturell Rechnung zu tragen. Darüber hinaus müssen die Staatsanwaltschaften in Hessen in die Lage versetzt werden, die neuen Formen von Kriminalität zu bewältigen. Zusätzlich sind die Bemühungen bei der Bekämpfung von **Wirtschaftskriminalität** sowie im Umgang mit der **steigenden Nutzung des Internets für Straftaten** zu intensivieren.

Insbesondere die **Jugendkriminalität** muss stärker ins Zentrum rücken. Deren **Bekämpfung** begreifen wir als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die umfassend und ganzheitlich angegangen werden muss. **Neben präventiven Maßnahmen** sind die Mittel des Jugendstrafrechts im Sinne des Erziehungsgedankens flexibel auf straffällig gewordene Jugendliche einzusetzen. Es muss erreicht werden, dass gerade bei jugendlichen Straftätern die „Strafe schnell auf den Fuß folgt“, damit sie sich zügig mit ihrer Tat sowie dem begangenen Unrecht auseinandersetzen können. Dabei sind die Möglichkeiten des **Hauses des Jugendrechts** hessenweit auszubauen und eine Ausweitung des **beschleunigten Jugendstrafverfahrens** zu nutzen. Die SPD in Hessen lehnt den sogenannten **Warnschussarrest** ab.

### OPFERSCHUTZ STÄRKEN

Auch der **Täter-Opfer-Ausgleich** ist weiter auszubauen. Er dient auf der einen Seite dem angemessenen Ausgleich der erlittenen Schäden eines Opfers. Auf der anderen Seite führt er dem Täter seine eigene Verantwortung für durch ihn verursachte Schäden vor Augen. Durch eine Vereinbarung zwischen Täter und Opfer kann zudem ein Zivilrechtsstreit und damit eine Vernehmung des Opfers als Zeuge vermieden werden.

## 6. IN HESSEN ZU HAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.

Ebenso ist der **Opferschutz** ein hohes Gut und muss weiter gestärkt und ausgebaut werden. Gerade um eine weitere Traumatisierung des Opfers zu vermeiden, müssen auch im Strafverfahren prozessuale Möglichkeiten des Opferschutzes geschaffen werden. Die SPD hat sich bereits in dieser Legislaturperiode dafür eingesetzt, in Hessen eine **Opferstiftung** zu gründen, mit der den Opfern von Straftaten eine schnelle, unbürokratische, finanzielle Hilfe gewährt werden kann, wenn diese anderweitig (etwa nach dem Opferentschädigungsgesetz) nicht zu erlangen ist. Deshalb wird eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung die Einrichtung einer Opferstiftung umsetzen.

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird außerdem einen **Opferschutzbericht** erstellen, der es Bürgerinnen und Bürger ermöglicht, sich einen umfassenden Überblick über die Rechtslage, die Maßnahmen und Projekte der Landesregierung zum Schutz und Unterstützung der Opfer von Straftaten in Hessen zu schaffen. Sie wird die flächendeckende Einrichtung von **Zeugenberatungsstellen** bei den Gerichten einleiten.

Besonders entschieden werden wir gegen sexuelle Gewalt und Zwangsheirat vorgehen: Jede Frau in Hessen hat ein Recht auf körperliche Unversehrtheit und ein Leben frei von Angst. Jede

von Gewalt betroffene Frau muss ein Recht auf Unterhaltssicherung und auf schnelle Unterbringung in einer sicheren Unterkunft erhalten. Die Finanzierung der Frauenhäuser und Frauennotrufe werden wir daher sicherstellen.

### DURCH RESOZIALISIERUNG MEHR SICHERHEIT SCHAFFEN

**Ziel des Justizvollzugs** ist es, Straffällige wieder in die Gesellschaft einzugliedern und die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Im Sinne des Resozialisierungsgebots wollen wir für geeignete Strafgefangene neben dem **offenen Vollzug „Vollzugseinrichtungen in offener Form“ schaffen**. Auch im Justizvollzug muss eine neue Führungs- und Organisationskultur geschaffen werden, die den Grundsätzen einer modernen Personalführung entspricht. Der Justizvollzug muss außerdem **personell so ausgestaltet** werden, dass er die an ihn gestellten unterschiedlichen und gesetzlich definierten Aufgaben erfüllen kann. Auf Grund der zunehmenden Zahl psychisch auffälliger Strafgefangener muss überprüft werden, ob der Behandlungsvollzug durch **weitere spezialisierte Abteilungen** optimiert werden kann. Auch das **Übergangsmangement** in den Strafanstalten muss weiter ausgebaut und verbessert werden. Die Vorbereitung auf ein Leben in Freiheit

sollte in der Haft frühestmöglich und interdisziplinär angegangen werden. Der hessische Jugendstrafvollzug ist besonders geeignet auf die Jugendlichen im Sinne der Resozialisierung einzuwirken. Dies gilt es zu erhalten und weiter auszubauen. Eine **Privatisierung des Justizvollzugs lehnen wir strikt ab**: Der Vollzug von Freiheitsstrafe ist eine hoheitliche Aufgabe.

Die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen soll überprüft werden. Dabei wollen wir durch die **Stärkung gemeinnütziger Arbeit**, aber auch durch Modellversuche den Vollzug von Freiheitsstrafen verkürzen beziehungsweise vermeiden. Der Anwendungsbereich der **elektronischen Fußfessel** sollte grundsätzlich erweitert werden. Sinnvoll erscheint ihr Einsatz als Alternative zum offenen Vollzug, konkret im Kurzstrafenvollzug sowie zur Verkürzung des Langstrafenvollzugs. Im Einzelfall ist ihr Einsatz auch zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen zu prüfen.

Im Umbruch befinden sich momentan die Regelungen zur Sicherungsverwahrung. Da die aktuellen gesetzlichen Vorgaben gegen die europäische Menschenrechtskonvention beziehungsweise gegen das Grundgesetz verstoßen, müssen auf Bundes- und Landesebene Änderungen vorgenommen werden. Die Sicherungsverwahrung nimmt als Maßregel der Besserung und Sicherung eine zentrale Rolle bei der

## 6. IN HESSEN ZU HAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.

Verhinderung von Rückfalltaten ein. Ihre Konzeption muss daher ausreichende Therapieangebote und das Trennungsgebot umfassen. Die SPD begrüßt, dass die Sicherungsverwahrten in Schwalmstadt untergebracht und behandelt werden. Die dortige JVA und ihre Bediensteten verfügen über eine langjährige Erfahrung und eine hohe Kompetenz im Umgang mit Sicherungsverwahrten.

Das Hessische Freiheitsentziehungsgesetz entspricht nicht der UN-Behindertenrechtskonvention und der neuen Rechtsprechung und muss ersetzt werden.

### VERFASSUNGSSCHUTZ DEMOKRATISCH GESTALTEN

Eine wehrhafte Demokratie muss auch Zeichen setzen und entschlossen gegen extremistische Bestrebungen vorgehen. Dabei darf die Arbeit des Verfassungsschutzes aber nicht einseitig auf einzelne Extremismusbereiche ausgerichtet sein, sondern muss das gesamte Spektrum des politisch und religiös motivierten Extremismus angemessen abdecken. Hier gibt es in Hessen Änderungsbedarf. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung wird deshalb die Ausrichtung des Verfassungsschutzes neu justieren und **den Verfassungsschutz demokratischer gestalten**.

Das Landesamt für Verfassungsschutz leistet

einen unverzichtbaren Beitrag zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie für den Bestand und die Sicherheit des Landes Hessen, des Bundes und der anderen Länder. Allerdings zeigt die Tatsache, dass die rechtsextremistische Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) über ca. 14 Jahre unentdeckt schreckliche Gewalttaten verüben konnte, dass es auch beim Verfassungsschutz in Hessen gravierende Mängel gibt. Dies gilt es dringend aufzuarbeiten und abzustellen. In diesem Zusammenhang sind die Arbeitsstrukturen des Verfassungsschutzes zu prüfen und ggf. neu zu regeln. Dies gilt für den Einsatz von V-Leuten ebenso wie für den Umgang mit Quellen.

Es bedarf umfassender Maßnahmen zur Demokratisierung des Verfassungsschutzes, um **verloren gegangenes Vertrauen in die Sicherheitsbehörden zurückzugewinnen**. Unser Ziel ist es, einen modernen und transparenten Verfassungsschutz zu schaffen, der seine Legitimation auf eine umfassende parlamentarische Kontrolle stützen kann. Deshalb benötigen wir eine **umfassende Stärkung der parlamentarischen Kontrollrechte**.

Es gab insgesamt eine Reihe von strukturellen Defiziten, die aufgearbeitet werden müssen. Dazu gehört insbesondere der fehlende Infor-

mationsaustausch zwischen den einzelnen Verfassungsschutzbehörden. Hier bedarf es einer **gesetzlichen Pflicht zur Information**. Es gab darüber hinaus sehr zweifelhafte Einsätze von V-Leuten. Deshalb brauchen wir dringend **gesetzliche Regelungen für deren Anwerbung und Einsatz**. Auch wäre ein Richtervorbehalt ab einem bestimmten Umfang der Tätigkeit von V-Leuten ratsam. Wir brauchen eine gesetzliche Verpflichtung zur Quellenkoordinierung. Das Bundesamt für Verfassungsschutz muss einen Überblick über alle eingesetzten Quellen in Deutschland erhalten, ansonsten entstehen unnütze Doppelstrukturen oder vorhandene Ressourcen können nicht genutzt werden.

Wir brauchen aber auch eine **verbesserte Zusammenarbeit zwischen dem Verfassungsschutz und der Polizei**. Dabei bekennt sich die SPD nach wie vor zu einer strikten Trennung zwischen nachrichtendienstlichen Aufgaben des Verfassungsschutzes und den Aufgaben und Befugnissen der Polizei. Jedoch muss die gegenseitige Information gewährleistet werden. Wir benötigen dringend einen **Mentalitätswechsel beim Verfassungsschutz**. Wir benötigen mehr Transparenz und Offenheit, um das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden zurückzugewinnen.